

## **Migration, Bildung und Arbeitsmarktintegration**

### **Einige bildungsökonomische Anmerkungen**

*Hans Peter Klös*

#### **Zusammenfassung**

*Mit dem Nationalen Integrationsplan wird erstmals die vielfach nicht gelungene Integration von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund in Bildung und Beschäftigung systematisch adressiert. Die schlechteren Daten für die Bildungs- und Beschäftigungssituation von Migranten sind Folge einer Pfadabhängigkeit, die sich von Bildungsarmut über Beschäftigungsarmut zu Einkommensarmut erstreckt. Dazu beigetragen hat eine Zuwanderungspolitik, die in der Vergangenheit gesamtfiskalische Belastungen in Form direkter Folgekosten und entgangener Wertschöpfung produziert hat. Ein Umsteuern sollte erstens eine fundamentale Ursachentherapie in der vorschulischen und schulischen Bildung beinhalten. Zweitens kommt der Verbesserung der Integration in Arbeit durch die berufliche Bildung eine kurative Funktion zu. Drittens sollte eine bessere Steuerung zukünftiger Zuwanderung angestrebt werden.*

#### **Nationaler Integrationsplan als Weckruf**

Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte versucht der im Sommer 2007 vorgelegte Nationale Integrationsplan die bisher fehlgeschlagene Bildungs- und Arbeitsmarktintegration eines Teils der hier lebenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund in das Zentrum von konkreten Maßnahmen auf allen föderalen Ebenen zu stellen. Der Handlungsbedarf ist enorm und ökonomisch überaus bedeutsam: Je nach Berechnungsmethode leben in Deutschland 7,4 Millionen Ausländer, aber weitere 8,3 Millionen Deutsche haben einen Migrationshintergrund (Bundesagentur für Arbeit, 2007). Alles in allem hat also fast jeder fünfte Einwohner in Deutschland einen Migrationshintergrund.

Doch alle verfügbaren Indikatoren deuten auf unterdurchschnittliche Werte für Migranten bei zentralen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Kennziffern hin: formale Bildungsabschlüsse, beruflicher Status, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit, Einkommen. Die Kausalkette verläuft dabei in Form einer Pfadabhängigkeit, die von einer Bildungsarmut über eine Beschäftigungsarmut zu einer Einkommensarmut reicht.

Als bildungsarm kann der Anteil der Personen bezeichnet werden, der keinen höheren Sekundarabschluss aufweist (keine abgeschlossene Berufsausbildung) oder nach dem PISA-Test zur Risikogruppe gehört (Allmendinger/Leibfried, 2003, 12).

### **Verbreitete Bildungsarmut bei Migranten**

Werden die Schüler nach Schulformen unterteilt, so gehören 0,5 Prozent der Gymnasiasten, 12 Prozent der Realschüler, 23,4 Prozent der Schüler der Integrierten Gesamtschule und 49,9 Prozent der Hauptschüler zur Risikogruppe. Zwar sind die direkten Vergleichswerte für Schüler mit Migrationshintergrund nicht verfügbar, doch gibt es eine deutlich stärkere Repräsentanz der Schüler mit Migrationshintergrund in Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Hintergrund. In keinem anderen Industrieland sind etwa die Unterschiede in der Lesefähigkeit zwischen inländischen Schülern und Schülern der zweiten Zuwanderergeneration so groß wie in Deutschland. Um ein plastisches Beispiel zu nennen: Jeder zweite in Deutschland geborene Jugendliche türkischer Herkunft muss heute als bildungsarm bezeichnet werden (Ramm et al., 2004, 264).

Mangelnde Grundbildung ist ein besonderes Problem der Lernschwachen, die im Sinne der Bildungsarmut zu den Bildungsbenachteiligten zählen. Jugendliche und Erwachsene, die dieser Gruppe zuzurechnen sind, haben auf dem Arbeitsmarkt erhebliche Probleme, sich den weiter steigenden Qualifikationsanforderungen anzupassen. Wie groß der tatsächliche Anteil von funktionalen Analphabeten an dieser Altersgruppe gering qualifizierter Erwerbspersonen mit und ohne Job oder mit und ohne Migrationshintergrund ist, lässt sich nur schwer schätzen. Ergebnisse einer Repräsentativstudie zeigen aber immerhin, dass von den Lernbeeinträchtigten und sozial Benachteiligten nur jeder sechste den Übergang in die Berufsausbildung schafft (Davids, 1994, 30).

Grundsätzlich besteht zwar für die Jugendlichen an der ersten Schwelle die Möglichkeit, im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsgänge schulische Defizite zu kompensieren, um solche Kompetenzen zu erwerben, die Voraussetzung für die Aufnahme einer Berufsausbildung sind. Doch dieses Verfahren ist volkswirtschaftlich außerordentlich kostspielig. Außerdem zeigt sich gerade bei den Bildungsgängen Berufsvorbereitungsjahr und Berufsgrundbildungsjahr, dass dabei die Kompensation mangelnder Ausbildungsreife nicht systematisch gelingt. Fast eine Viertel Million Jugendliche haben 2005 eine begonnene schulische oder berufliche Ausbildung oder Berufsvorbereitung nicht erfolgreich beendet.

Erhebliche Probleme, einen Bildungsgang an einer beruflichen Schule abzuschließen, haben vor allem ausländische Jugendliche. Im Schnitt brechen annähernd zwei von fünf Jugendlichen unter 25 Jahren die begonnene schulische und/oder berufliche Ausbildung wieder ab. Diese Problematik stellt sich in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich dar – und zwar unabhängig vom Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerung. Darüber hinaus lässt die enorme Spreizung vermuten, dass die unterschiedlichen Quoten kaum über begabungsmäßige

Unterschiede zu erklären sind. Als größtes Handikap einer erfolgreichen Bildungsbe- teiligung erweisen sich dabei die mangelnden Sprachkompetenzen.

Nach wie vor besteht daher ein hohes Risiko, dass der hohe finanzielle Aufwand des Staates zur Kompensation oder Beseitigung der Grundbildungsdefizite ins Leere läuft (Klein, 2005), da es mit Hilfe der bisherigen Förderinstrumente nicht gelingt, eine Grundbildung aller Bildungsteilnehmer zu sichern. Diese ist aber die Voraussetzung, um handlungsfähig zu sein, sich persönlich und beruflich entwickeln zu können, demokratische Rechte wahrzunehmen und an der gesellschaftlichen Entwicklung aktiv teilzuhaben. Fehlende Grundbildung ist aber darüber hinaus nicht nur Ursache für funktionalen Analphabetismus, sondern erhöht das Armutsrisiko eines Teils der Erwerbsbevölkerung und behindert – verschärft durch die demografische Entwicklung – die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Anhand ökonometrischer Analysen mit den PISA-Daten kann identifiziert werden, welche der folgenden Einflussfaktoren in Deutschland zu geringeren Kompetenzen der Schüler führen (Anger/Plünnecke/Seyda, 2006): In Deutschland hängen die Lernleistungen der Kinder deutlich von dem jeweiligen familiären Hintergrund ab. Ein niedriger Bildungsstand der Eltern, ein Migrationshintergrund, der damit verbunden ist, dass zu Hause nicht die Testsprache gesprochen wird, und die Bildungsferne der Eltern haben einen starken negativen Einfluss auf die Lernergebnisse der Kinder. Auch wenn man keine eindeutige Zuordnung zwischen den einzelnen Merkmalen und verschiedenen Migrationsmilieus (dazu sinus, 2007) vornehmen kann, so tragen doch diese Merkmale in erheblichem Umfang zur Entstehung von Bildungsarmut gerade in Migrationsmilieus bei. Kein gesicherter Einfluss geht jedoch von dem Einkommen der Eltern aus. Der Bildungsstand der Eltern und deren Einstellung zur Bildung scheinen sich somit eher auf die Lernleistungen der Kinder auszuwirken als das zur Verfügung stehende Einkommen.

Relevant ist auch der Zusammenhang zwischen dem Schul- und Klassenklima und den Lernleistungen der Schüler. Besonders ein schlechtes Verhältnis der Schüler zu den Lehrern und eine geringe Lernmotivation der Schüler verschlechtern das Lernergebnis. Keinen gesicherten Einfluss auf die Lernergebnisse der Kinder haben hingegen die öffentlichen Investitionen, die die Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln und Gebäuden sowie mit Lehrern umfassen. Dieses Ergebnis sollte nicht dahingehend interpretiert werden, dass die Ausstattung der Schulen irrelevant für das Lernergebnis der Schüler ist. Sie wird im Gegenteil sogar eine notwendige Voraussetzung für einen guten Unterricht sein. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse jedoch, dass der Mangel an Lehrmaterialien, Schulgebäuden und Lehrern an den deutschen Schulen, die diese Probleme beklagen, nicht so groß zu sein scheint, dass die Lernergebnisse der Schüler dadurch signifikant verschlechtert werden.

Aus den Befunden ergeben sich drei Handlungsstränge, die zueinander komplementär sind und zeitlich unterschiedlich lange Ausreifungszeiten haben: Eine fundamentale Ursachentherapie muss in der vorschulischen und schulischen Bildung ansetzen. Eine kurative Funktion bei der Verbesserung der Integration in Arbeit und Einkommen kommt der beruflichen Bildung zu, die in ihrer integrierenden Wirkung vielfach unterschätzt wird. Und schließlich muss eine bessere Steuerung zukünftiger

Zuwanderung angestrebt werden. Dies würde zum einen den Nachschub an fehlender Integration unterbinden und zum anderen die positiven Effekte der Zuwanderung von Hochqualifizierten auf die Nachfrage nach geringer qualifizierter Beschäftigung verstärken.

### **Weiterentwicklung der (vor-)schulischen Bildung**

Bei der Bekämpfung der Bildungsarmut ist vor allem an einer besseren Förderung von Kindern mit einem ungünstigen sozioökonomischen Hintergrund anzusetzen. Derzeit haben die Kinder abhängig von ihrem Elternhaus unterschiedliche Startchancen für ihre Bildungskarriere. Versäumnisse bei der Förderung von Bildungspotenzialen im frühkindlichen Alter können später jedoch kaum oder nur zu hohen Kosten ausgeglichen werden. Die Ursachenanalyse bietet zahlreiche Ansatzpunkte für die Ableitung politischer Maßnahmen zur Bekämpfung von Bildungsarmut. Reformmaßnahmen, deren Ziel es ist, die Entstehung von Bildungsarmut zu verhindern, sollten vor allem darauf abzielen, die frühkindliche und schulische Bildung zu verbessern und damit die Startchancengerechtigkeit für die Kinder zu erhöhen. Daher erstrecken sich die Reformvorschläge vor allem auf die Bereiche des Kindergartens und der Schule. Nur stichwortartig seien hier genannt (Anger/Seyda, 2006, 81 ff.; Klein, 2006, 135 ff.):

- Der Kindergarten sollte als erste Stufe des Bildungswesens stärker zur individuellen Förderung genutzt werden. Ansatzpunkte für Reformmaßnahmen in diesem Bereich sind die Stärkung des Bildungsauftrags der Kindertageseinrichtungen, eine Verbesserung der Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen und eine Erhöhung der Teilnahmequote in Kindertageseinrichtungen.
- Im Bereich der Schule kann der Ausbau der Ganztagschulen zu einer Verringerung der Bildungsarmut beitragen. Der Vorteil der Ganztagschulen liegt in einem größeren Zeitraum gemeinsamer Lernzeit, der eine bessere Rhythmisierung des Lernens erlaubt. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten und solchen mit Migrationshintergrund kann die Einführung des Ganztagsunterrichts sehr sinnvoll sein, weil eine Ausdehnung der Bildungsinfrastruktur, verbunden mit einem höheren Finanzmitteleinsatz, zu besseren Bildungsergebnissen und größeren Bildungschancen führen kann (Krueger/Lindahl, 2001, 1132).
- Darüber hinaus sollte die Förderinfrastruktur in den Schulen ausgebaut werden. Die Einführung der Ganztagschule kann dazu beitragen, dass Kinder mit Bildungs- und/oder Entwicklungsrückständen stärker individuell durch die Fachlehrer gefördert werden. Insbesondere wenn Erziehungsdefizite im Elternhaus bestehen, sollten auch Schulpsychologen vor allem dort eingesetzt werden, wo sich ein hoher Anteil von Schülern aus einem sozioökonomisch schwierigen Umfeld befindet.
- Schulen sollten mehr Entscheidungsfreiheiten eingeräumt werden, die jedoch mit einer Rechenschaftspflicht zu verbinden sind. Um den Bildungserfolg jedes Schülers überprüfen zu können, ist die Vorgabe von verbindlichen Bildungsstandards

hilfreich. Diese müssen darauf abzielen, die Zahl der Bildungsabbrecher sowie die Zahl der Schüler, die der Risikogruppe zugerechnet werden, zu verringern.

- Um die Schüler optimal fördern und ihre Potenziale entwickeln zu können, ist eine bessere diagnostische Grundlage erforderlich. Da in den Bildungsstandards die Inhalts- mit der Kompetenzdimension verknüpft wird, ist eine aussagekräftige Messung des jeweils erreichten Leistungsstandes in Schulen (Schulevaluation) und von Lernenden (Individualdiagnostik) möglich. Mit Hilfe der Bildungsstandards ist es möglich, individuelle Verbesserungen zu messen und Bildungsmaßnahmen zu evaluieren.
- Zielorientierte Vergütungssysteme für Lehrerinnen und Lehrer lenken die Anreize der Beteiligten dahin, jeden einzelnen Schüler möglichst so zu fördern, dass er sein bestmögliches Lernergebnis erzielt. Empirische Untersuchungen aus den USA zeigen, dass systematische Leistungszulagen zu signifikant besseren Schülerleistungen führen (Ladd 1999, 16). Die international überdurchschnittlich hohen Gehälter der Lehrer in Deutschland enthalten keinerlei leistungsabhängige Bestandteile. In den erfolgreichen PISA-Nationen hingegen haben die Lehrer tendenziell ein geringeres Grundgehalt, bekommen aber mehr leistungsorientierte Zulagen.

### **Stärkung der beruflichen Bildung**

Die genannten Maßnahmen können jedoch erst mittelfristig dazu beitragen, die Bildungsarmut zu verringern. Daher sind auch Maßnahmen erforderlich, die den Umgang mit Bildungsarmut verbessern und formal gering qualifizierten Personen den Einstieg in das Berufs- und Arbeitsleben erleichtern. Ein Ansatzpunkt dafür ist das System der beruflichen Bildung. Es nimmt schon derzeit häufig eine kurative Funktion wahr, indem es auch bildungsarme Schüler aufnehmen und zu einem Abschluss der Sekundarstufe II führen kann. Auf diese Weise leistet es einen markanten Beitrag zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit gerade bei Migranten. Diese kurative Funktion kann durch folgende Maßnahmen weiter gestärkt werden:

- Je intensiver sich Schulen um die Ausbildungsreife und die Berufsorientierungskompetenz von Schülern kümmern, desto besser gelingt der Übergang von Schule in Ausbildung und Beschäftigung. Daher sind diese Ansätze und Bemühungen fester zu verankern und verbindlicher in Schulen zu implementieren. Ansätze zur stärkeren Einbeziehung von Praxiselementen und Praktika, etwa SchuB („Schule und Beruf“ in Hessen), Praxisklassen etc. sowie die regionale Netzwerkbildung sind auszubauen. Für benachteiligte Jugendliche sollten die Länder über die Öffnung allgemeinbildender Schulen gegenüber der Wirtschaft und die Förderung von Betriebspraktika hinaus verstärkt Produktionsschulen einrichten, mit denen Jugendliche, die vom schulischen Lernen sonst nicht mehr erreicht werden, arbeitsmarktnah qualifiziert werden.
- Ein praxisnäheres Angebot in der Berufsvorbereitung im Gegensatz zu den oft vollzeitschulischen Maßnahmen würde unmittelbare Erfolgserlebnisse für schulisches und außerschulisches überforderte oder schulmüde Jugendliche ermöglichen

und gleichzeitig den Einstieg in eine anschließende Ausbildung erleichtern. Idealerweise sollten die im Rahmen der Berufsvorbereitung erworbenen Qualifikationen auf die anschließende Ausbildung anrechenbar sein. Als gutes Instrument haben sich hier die Einstiegsqualifizierungen und Qualifizierungsbausteine erwiesen, die ausgebaut werden sollten. Da die Qualifizierungsmaßnahmen von den Betrieben mehr Engagement und eine intensivere Förderung der Jugendlichen verlangen, sollten sie intensiver unterstützt werden. Dies kann durch externes Ausbildungsmanagement, verbindliche Unterstützung durch ausbildungsbegleitende Hilfen oder Beratungsleistungen erfolgen.

- Die zweijährigen Ausbildungsberufe sollten ausgebaut werden. Derzeit erfolgt in inzwischen 36 dualen Ausbildungsberufen die reguläre Abschlussprüfung bereits nach spätestens zwei Jahren. Die Zahl der Auszubildenden in diesen Berufen hat sich ebenso wie ihr Anteil an allen Auszubildenden in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt. Dieser große Bedarf der Praxis kann durch eine verstärkte Einführung neuer zweijähriger Berufe auch für leistungsstarke Jugendliche noch besser gedeckt werden, aber auch neue Chancen für eher praktisch begabte Jugendliche schaffen. Sinnvollerweise sind sie mit weiterführenden Bildungsoptionen, etwa in Form von Stufenausbildungen oder Aufstiegsfortbildungen, zu verzahnen.
- Flankiert werden sollte dies durch weitere qualitative und quantitative Anstrengungen bei den Integrationskursen, zu der Migranten nach dem Aufenthaltstitel des Zuwanderungsrechts verpflichtet sind. Noch immer gibt es Defizite etwa dergestalt, dass zahlreiche nach dem Zuwanderungsgesetz verpflichtete Personen nicht die Prüfung antreten und die Erfolgsquoten bei den Prüfungen noch nicht befriedigend sind. Zur Verbesserung sollte die generelle Erhöhung der Stundenzahl von derzeit 600 Stunden angestrebt werden, damit bildungsschwache Erwachsene eine B 1-Prüfung schaffen (Bundesministerium des Innern, 2006, 165 ff.).

## Steuerung und Erleichterung von Zuwanderung

„Deutschland ist ein Zuwanderungsland“ – diese Erkenntnis hat die Lebenswirklichkeit der politischen Debatte inzwischen abgerungen. Noch nicht so weit ist Deutschland aber bei der Anerkennung des Grundsatzes, dass Migration auch volkswirtschaftlich bedeutsam ist und dass auch Nützlichkeitsabwägungen in dieser Debatte legitim sind. Charakteristisch für die deutsche Zuwanderungspolitik seit den 70er Jahren war vielmehr die weitgehende Ausblendung ökonomischer Aspekte. Die Frage, wie Zuwanderung gesteuert werden könnte, so dass Deutschland auch wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen kann, ist jahrelang nicht gestellt worden. Vielmehr überwogen meist politische Gesichtspunkte, sieht man einmal von der ganz frühen Phase der Gastarbeiterwanderung ab, die maßgeblich von wirtschaftlichen Interessen motiviert war.

Spätestens seit der Verschlechterung der deutschen Arbeitsmarktsituation war der Kurs eindeutig darauf gerichtet, die Zuwanderung soweit wie möglich zu begrenzen.

Bemerkenswert ist, dass sich an diesem Primat der Zuwanderungsbegrenzung auch in Zeiten spürbar zurückgehender Arbeitslosigkeit bisher substanzuell wenig geändert hat. Noch am 28. August 2007 ist eine geringfügige Revision des neuen Zuwanderungsrechts aus dem Jahr 2005 in Kraft getreten, das faktisch keine Veränderungen bei der Arbeitsmigration gebracht hat.

Der Kontrast zur politischen und wirtschaftlichen Situation könnte aber deutlicher kaum sein: Unmittelbar vor dem Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsrechts hat sich die Große Koalition bei ihrer Klausurtagung in Meseberg auf die Öffnung des Arbeitsmarktes für Ingenieure durch Wegfall der Vorrangprüfung und die Verbesserung des Zugangs für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen ab 1. November 2007 verständigt. Gleichzeitig kündigte die Koalition an, ein Konzept für die Zuwanderung auf der Basis eines systematischen Monitorings zur Ermittlung eines Bedarfs vorzulegen.

Die deutsche Zurückhaltung gegenüber einer Steuerung von Zuwanderung auch dezidiert unter ökonomischen Gesichtspunkten ist – je länger, um so weniger – nachzuvollziehen. Eine moderne Zuwanderungspolitik begreift Immigration als Bestandteil einer umfassenden Wachstumsstrategie. Dazu gehört, dass der Migrationsgewinn für das Aufnahmeland so weit wie möglich maximiert wird. Dieser hängt maßgeblich an der unmittelbaren, aber auch dauerhaften Integration in den Arbeitsmarkt. Das geltende Zuwanderungsrecht kann diese Anforderungen nicht befriedigend lösen, weil eine Zuwanderung aus ökonomischen Motiven nur nach Überwindung hoher bürokratischer Hürden möglich ist. Zudem erhalten Ausländerbehörden und Bundesagentur für Arbeit durch unklar formulierte Gesetze Entscheidungsspielräume, die für Zuwanderungswillige nicht nachvollziehbar sind.

Deutschland benötigt daher ein Zuwanderungsrecht, das systematisch qualifizierte Arbeitnehmer dauerhaft aus Drittländern anwirbt. Dazu gehört, dass die Zuwanderung nach klaren, nachvollziehbaren Regeln erfolgt. So können Zuwanderungswillige erkennen, welche Faktoren die Erteilung der Niederlassungserlaubnis beeinflussen. Eine Vorrangprüfung ist vor diesem Hintergrund kein geeignetes Element. Das Instrument, mit dem am ehesten eine Steigerung des Migrationsgewinns erreicht werden kann, ist ein Punktesystem. Die existierenden Punktesysteme klassischer Einwanderungsländer sollten jedoch um eine Engpassdiagnostik ergänzt werden. Damit können Berufsbereiche identifiziert werden, in denen Anzeichen von Arbeitskräftemangel vorliegen und in denen eine schnelle, dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt wahrscheinlich ist. Zudem hat die Beseitigung von Kräfteengpässen auch positive Auswirkungen auf die Nachfrage nach komplementären Qualifikationen und kann damit einen Beitrag zur weiteren Verringerung von Arbeitslosigkeit leisten.

## Literatur

- Allmendinger, Jutta/Leibfried, Stephan, 2003, Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Vol. 53, Heft 21/22, S. 12-18  
 Anger, Christina/Plünnecke, Axel/Seyda, Susanne, 2006, Bildungsarmut und Humankapital-schwäche in Deutschland, Köln

- Anger, Christina/Seyda, Susanne, 2006, Elementarbereich: Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Bildungsfinanzierung und Bildungsregulierung in Deutschland, Eine bildungsökonomische Reformagenda, Köln, S. 61-90
- Bundesagentur für Arbeit, 2007, Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, Analytikreport Mai, Nürnberg
- Bundesministerium des Innern, 2006, Evaluation der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz, Abschlussbericht und Gutachten über Verbesserungspotenziale bei der Umsetzung der Integrationskurse, Berlin
- Davids, Sabine, 1994, Zwischen Geldnöten, Familie und Arbeitslosigkeit. Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung in den alten Bundesländern, in: A. Puhlmann (Hrsg.), Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung. Lebenslagen, Berufsorientierungen und neue Qualifizierungsansätze, Bielefeld, S. 19-35
- Klein, Helmut E., 2005, Direkte Kosten mangelnder Ausbildungsreife in Deutschland, in: IW-trends, Vol. 32, Heft 4, S. 61-75
- Klein, Helmut E., 2006, Allgemein bildendes Schulsystem: Deregulierung und Qualitätsstandards, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Bildungsfinanzierung und Bildungsregulierung in Deutschland, Eine bildungsökonomische Reformagenda, Köln, S. 91-147
- Krueger, Alan B./Lindahl, Mikael, 2001, Education for Growth: Why and for Whom?, in: Journal of Economic Literature, Vol. 39, Heft 4, S. 1101-1136
- Ladd, Helen, 1999, The Dallas school accountability and incentive program: an evaluation of its impacts on student outcomes, in: Economics of Education Review, Vol. 18, Heft 1, S. 1-16
- Ramm, Gesa/Prenzel, Manfred/Heidemeier, Heike/Walter, Oliver, 2004, Soziokulturelle Herkunft: Migration, in: PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.), Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster/New York/München/Berlin, S. 254-272.
- Sinus Sociovision, 2007, Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Auszug aus dem Forschungsbericht, Heidelberg.